



NEWSLETTER



KAS MADRID

26. NOVEMBER 2012

AUSLANDSBÜRO FÜR SPANIEN UND PORTUGAL

NEWSLETTER
MADRID AKTUELL
NOVEMBER 2012

THOMAS BERND STEHLING
www.kas.de/spanien

Wahlen in Katalonien - Probleme für Spanien und Europa?

Mit deutlichen Stimmenverlusten seiner "Convergència i Unió" (CiU), der Gefährdung seiner Regierungsfähigkeit, dem Anstieg radikaler Gruppierungen und einer weiteren Zersplitterung der Parteienlandschaft endete der Versuch des katalanischen Ministerpräsidenten Artur Mas, sich durch vorgezogene Neuwahlen eine absolute Mehrheit sowie ein Mandat für die Unabhängigkeit Kataloniens von Spanien zu verschaffen.

CiU, ein bei allen Wahlen gemeinsam antretendes Bündnis aus Liberalen und dem EVP-Mitglied UDC unter Josep Duran i Lleida, bleibt zwar mit Abstand stärkste Partei, verliert aber 12 Mandate und zieht mit nur noch 50 Abgeordneten in das Parlament von Katalonien. Überraschend zweitstärkste Kraft wurde die nationalistische Linkspartei "Esquerra Republicana", die sich noch radikaler für eine Loslösung von Spanien engagiert. Sie gewann 10 Sitze dazu und kommt auf 21 Mandate. Die Sozialistische Partei verliert deutlich und stellt künftig 20 Abgeordnete (- 8), der Partido Popular von Ministerpräsident Mariano Rajoy gewinnt ein Mandat hinzu und kommt auf 19 Abgeordnete. Zu den Gewinnern zählt die "Iniciativa per Catalunya", ein aus der früheren kommunistischen Partei hervorgegangenes links-ökologisches Bündnis, das 13 Sitze erhält (+10). Für den Verbleib in Spanien engagiert sich die Gruppierung "Ciutadans". Sie gewinnt 3 Sitze hinzu und stellt 9 Abgeordnete. Eine neue marxistische Bewegung, CUP, schließlich zieht mit 3 Mandaten ins Parlament ein.

Mit 69,5% war die Beteiligung an diesen Wahlen die höchste in den letzten dreißig Jahren. Das Ergebnis zeigt eine deutliche Mehrheit für diejenigen Parteien, die sich für die Unabhängigkeit Kataloniens von Spanien einsetzen. Ob sie sonst etwas verbindet, was für eine solide Regierungsarbeit erforderlich ist, erscheint fraglich.

Artur Mas geht politisch geschwächt in die nun anstehenden Verhandlungen. Während seine potentiellen Partner in Barcelona ihn vermutlich zu einem radikaleren Kurs gegen die Zentralregierung in Madrid drängen werden, muss er dort dringlich die noch ausstehenden Tranchen der 5 Milliarden einfordern, um seine laufenden Ausgaben zu finanzieren.

Welche Folgen der Wahlausgang für die Fortführung des von Mas eingeleiteten Stabilitätskurses und der Haushaltskonsolidierung hat, ist völlig unklar. Unterstützung dafür hat er jedenfalls bislang von keiner der Parteien erhalten, auf deren Stimmen er künftig angewiesen sein dürfte. Die wirtschaftlich bedeutendste Region Spaniens geht damit in eine höchst ungewisse Zukunft. Diese dürfte nicht ohne Auswirkungen auf den Rest des Landes bleiben. Die Wahlen fanden in einem politischen Klima statt, das selbst den nicht für einen Mangel an Emotionalität bekannten Spaniern bislang unbekannt war.

Seit am 11. September, dem katalanischen „Nationalfeiertag“, rund eine Million Menschen auf den Straßen von Barcelona für die Loslösung von Spanien und einen eigenen Staat demonstrierten, gab es kaum noch ein anderes Thema in den Veranstaltungen der Parteien oder den Streitgesprächen der Kandidaten. Arbeitslosigkeit, die Probleme der Gesundheitsversorgung oder die Bildungspolitik, in den Monaten zuvor noch die großen Streitthemen, stießen nur noch auf nachrangiges Interesse. Die große Welle des Nationalismus riss alle mit und verleitete selbst vernunftbegabte Politiker zu Risiken, die sich für sie selbst, für Katalonien und für Spanien als extrem bedrohlich erweisen könnten. Als sei dies alles noch nicht genug, kamen in den letzten Tagen des Wahlkampfes durch einen Artikel in „El Mundo“ auch noch Gerüchte über angebliche Polizeiberichte auf, nach denen der katalanische Regierungschef Artur Mas und sein legendärer Vorgänger Jordi Pujol nicht deklarierte Konten in der Schweiz mit

Einnahmen aus illegalen Provisionszahlungen besitzen würden. Beide wiesen das als Teil einer „Schmutzkampagne aus Madrid“ zurück und reichten Klage ein. Aus der spanischen Hauptstadt wiederum waren Stimmen zu hören, die die Quelle der Gerüchte in Katalonien sah. Ziel sei es dabei gewesen, die Stimmung „gegen Madrid“ weiter anzuheizen. Schon im Wahlkampf von 1984 habe Pujol Korruptionsvorwürfe gegen ihn als Angriff gegen Katalonien umgedeutet und daraufhin die absolute Mehrheit gewonnen.

Es dürfte schwer werden, nach dieser Eskalation der Gefühle schnell zur Tagesordnung zurückzufinden. Artur Mas, der sich in den ersten zwei Jahren seiner Amtszeit zahlreichen Demonstrationen von Polizisten, Lehrern und Krankenschwestern gegen seine Sparpolitik ausgesetzt sah, konnte für einige Wochen und Monate den Alltag vergessen machen und die Popularität genießen, die er mit seiner Unabhängigkeitskampagne ausgelöst hat. Aber wenn er und seine Anhänger in der „Convergència i Unió“ aus den Träumen erwachen, sind die Kassen unverändert leer, der Schuldenberg von 42 Mrd. Euro nicht abgetragen und die übrigen Probleme nicht beantwortet. Und wenn dieser Blick auf die Realität noch nicht genug Schrecken auslöst, so sieht er sich jetzt auch noch den Erwartungen ausgesetzt, die er selbst befördert hat, aus eigener Kraft aber nicht erfüllen können. Goethes „Zauberlehrling“ sollte von jetzt an zur Pflichtlektüre in den katalanischen Amtsstuben werden.

Die Unabhängigkeit Kataloniens als „neuer Staat in Europa“ wird sich nicht allein durch den begonnen Aufbau eines katalanischen Finanzministeriums oder eines geplanten „Außenministeriums“ bewirken lassen. Nicht einmal das beabsichtigte Referendum, dessen Durchführung allein - anders als nach der Einigung in Schottland - schon einen Verfassungskonflikt auslösen würde, könnte einen Automatismus starten, an dessen Ende ein neuer „Staat in Europa“ stünde. Wie auch unlängst die Führung der „Scottish National Party“ mussten die katalanischen Unabhängigkeitsbefürworter im Zuge des Wahlkampfes einräumen, dass es eines Mitwirkungsaktes aller EU-Mitgliedsstaaten bedarf, bevor ein wie auch immer unabhängig gewordener Teil eines Landes zu einem eigenständigen Mitglied der Gemeinschaft werden kann. Die damit verbundenen Unwägbarkeiten beschrieb Artur Mas mit der wolkigen Formulierung, die Unabhängig-

keit Kataloniens führe „durch unbekanntes Gelände“. Dies scheinen Risiken zu sein, die nicht alle Katalanen unter fliegenden rot-gelben Fahnen zu ignorieren bereit sind. Darin dürften die Gründe dafür liegen, dass am Ende CiU vom Wähler doch nicht mit der erhofften absoluten Mehrheit ausgestattet wurde.

Aber auch in Madrid gibt es nach dem Ergebnis vom Sonntag wenig Grund zum Frohlocken. Wenn dort Spott und Hohn über die verfehlt absolute Mehrheit von CiU der Nüchternheit weichen, die das politische Geschäft verlangt, wird man auch in der spanischen Hauptstadt erkennen müssen, dass Konfrontation nicht die Antwort auf den in der Wirtschaftskrise gewachsenen Nationalismus sein kann. Die Anrufung des spanischen Verfassungsgerichts im Falle eines katalanischen Referendums (die durchschnittliche Dauer vom Einreichen der Klage bis zu einer Entscheidung beträgt sieben Jahre!) ist als politische Reaktion ebenso unzureichend wie der von manchen Politikern angeordnete Einsatz der Guardia Civil.

Spanien wird sich einer mühevollen Debatte über seinen staatlichen Aufbau, das Verhältnis von Zentralstaat zu Autonomen Regionen, die Verteilung von Aufgaben und Steuereinnahmen und damit der Frage nicht entziehen können, ob die bislang nur zweimal geänderte Verfassung von 1978 noch zeitgemäß ist. Diese Diskussion ist komplex, dürfte am Ende aber unausweichlich sein. Sie wäre mit dem Vorteil verbunden, im Konflikt mit Katalonien Zeit zu gewinnen und auf Strukturen und Mitwirkungsrechte zu zielen, die für das ganze Land gelten und dem Wettlauf um regionale Privilegien ein Ende setzen, der Spanien im Ergebnis immer weiter auseinander treibt.

Nach den tiefen Wunden, die im Verlauf des Wahlkampfes geschlagen wurden, wird es einige Zeit brauchen, bis alle Beteiligten zu einer Form der Pflichterfüllung zurückfinden, die ihnen die Regierungsverantwortung abverlangt. Die Sorge darüber, dass dabei wertvolle Zeit verloren geht, die eigentlich für die Überwindung der Wirtschafts- und Finanzprobleme dringend genutzt werden müsste, lässt in Führungskreisen der katalanischen Wirtschaft den Wunsch nach „einem Brüsseler Vermittler“ aufkommen. Es ist indes eher unwahrscheinlich, dass sich Madrid mit einer solchen „Europäisierung“ eines aus seiner Sicht nationalen Konflikts einverstanden zeigen würde.

Gleichwohl dürfte es auch im Interesse der EU liegen, den zahlreichen Problemen in Europa nicht noch ein weiteres hinzuzufügen. Ein sich selbst in einem lang andauernden Verfassungskonflikt weiter schwächendes Spanien würde zu den Unsicherheiten beitragen, die die Fortentwicklung der Europäischen Union gegenwärtig begleiten. Wenn es denn zutrifft, dass die Grenzen zwischen Innen- und Europapolitik zunehmend verwischen, wird sich die EU in dieser Krise nicht allzu lange auf eine Beobachterrolle beschränken können.